



HESSISCHER LANDTAG

29. 10. 2025

Kleine Anfrage

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD)
und Dimitri Schulz (AfD) vom 13.08.2025**

**Stellenabbau bei Daimler Truck in Kassel und die Auswirkungen auf die Wirtschaft
in Hessen**

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Ankündigung von Daimler Truck vom 08.07.2025, bis zum Jahr 2030 bundesweit 5.000 Stellen abzubauen, betrifft auch das Werk in Kassel mit seinen rund 2.700 Beschäftigten. So ist wieder innerhalb kürzester Zeit ein weiterer wichtiger hessischer Industriestandort von einem Stellenabbau betroffen. Der Standort Kassel ist globales Kompetenzzentrum für Nutzfahrzeug-Achsen der Daimler Truck AG und spielt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung und Fertigung zentraler Komponenten für Elektro-LKWs. Das Sparprogramm „Cost Down Europe“ adressiert explizit europäische Produktions- und Entwicklungsstandorte und sieht eine Reduzierung der jährlichen Kosten um über eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2030 vor. Diese Maßnahme wurde von der Vorstandsvorsitzenden, am 08.07.2025, im Rahmen des Kapitalmarkttags des Unternehmens in Charlotte, North Carolina, offiziell bekanntgegeben. Angesichts dieser strategischen Ausrichtung besteht begründeter Anlass zu der Befürchtung, dass künftig noch mehr Arbeitsplätze in Nordhessen, insbesondere in Kassel, nachhaltig gefährdet sind.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Welche Gespräche hat die Landesregierung bisher mit der Geschäftsleitung oder anderen Managementebenen von Daimler Truck bezüglich des geplanten Stellenabbaus am Standort Kassel geführt? Bitte Datum, Namen, Hierarchieebene und Funktion der Gesprächspartner und Gesprächsinhalte detailliert auflisten?

Die Landesregierung steht im engen und regelmäßigen Austausch mit den hessischen Automobilherstellern und Automobilzulieferern zu deren wettbewerblicher und betriebswirtschaftlicher Situation. Mit Daimler Truck in Kassel besteht seit vielen Jahren ein enger Austausch. Wichtig ist der Landesregierung, dass die Automobilindustrie zusammen mit den Belegschaftsvertretern Brückenkonzepte erarbeitet, mit dem Ziel, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Hier steht die Landesregierung dem Unternehmen gerne hilfreich zur Seite.

Frage 2 Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die genaue Anzahl der am Standort Kassel betroffenen Arbeitsplätze? Bitte die geplante zeitliche Umsetzung des Arbeitsplatzabbaus, sowie die Bereiche (auch eActros) und Organisationseinheiten, die vom Abbau betroffen sind, detailliert auflisten.

Frage 3 Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Gründe für den Stellenabbau bei Daimler Truck in Kassel, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Wettbewerbsdruck, Energiekosten und regulatorische Vorgaben – auch im Vergleich zu den anderen deutschen Werken von Daimler Truck?

Frage 4 Wie bewertet die Landesregierung, dass das Sparprogramm den bezeichnenden Namen „Cost Down Europe“ trägt und damit explizit europäische und somit auch deutsche Standorte adressiert?

Die Fragen 2 bis 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Unternehmen Daimler Truck hat kürzlich mit den Betriebsräten an allen deutschen Standorten einen Zukunftssicherungsvertrag abgeschlossen. Darin ist unter anderem der Abschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2035 vereinbart worden. Es findet sich darin keine konkrete Zahl an abzubauenen Arbeitsplätzen.

Anderweitige Erkenntnisse über einen eventuellen Arbeitsplatzabbau am Daimler Standort Kassel liegen der Landesregierung nicht vor. Die in Presseveröffentlichungen genannten Zahlen sind nicht in den bindenden Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften wiederzufinden.

Frage 5 Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob Daimler Truck beabsichtigt, Teile der in Kassel erbrachten Wertschöpfung, beispielsweise Produktion oder Entwicklung, aus dem Werk Kassel ins inner- oder außereuropäische Ausland zu verlagern? Bitte erläutern.

Dazu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 6 Wie erklärt die Landesregierung, dass der Standort Kassel trotz seiner Schlüsselrolle in der Entwicklung und Fertigung von Schlüsselkomponenten für Elektro-LKWs aktuell gefährdet ist?

Der Landesregierung liegen keine Informationen vor, dass der Standort gefährdet wäre.

Frage 7 Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr ein, dass der Stellenabbau bei Daimler Truck, nach ähnlichen Entwicklungen bei anderen Unternehmen wie Continental einen Trend im Sinne eines „Exodus der hessischen Automobilindustrie“ darstellt?

Der hessische Standort steht vor Herausforderungen. Eine Verlagerung von Produktion, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen bedeutet nicht nur den Verlust von Wohlstand, Steuerausfällen und industrieller Expertise, sondern auch von Arbeit für jede Einzelne sowie jeden Einzelnen, jede betroffene Familie und die Region. Deshalb setzt sich die Landesregierung gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Arbeitgebern der Automobilbranche entschieden dafür ein, dass die Arbeitsplätze und damit auch die Wertschöpfung für die Region erhalten bleiben.

Frage 8 Welche wirtschaftspolitischen Strategien verfolgt die Landesregierung, um weitere Arbeitsplatzverluste in der hessischen Automobilindustrie in Zukunft zu verhindern?

Frage 9 Welche Priorität hat dieser Schutz von Arbeitsplätzen im Vergleich zu den anderen Politikfeldern der Landesregierung?

Frage 10 Welche Elemente dieser wirtschaftspolitischen Strategien hat die Landesregierung bislang implementiert und welche messbaren Ergebnisse resultieren hieraus?

Die Fragen 8 bis 10 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie bereits geschildert steht die Landesregierung im engen und regelmäßigen Austausch mit den hessischen Automobilherstellern und Automobilzulieferern zu deren wettbewerblicher und betriebswirtschaftlicher Situation. Im Rahmen des Industrietrials zwischen Landesregierung, den Unternehmen und Unternehmensverbänden sowie den Gewerkschaften erfolgt ein intensiver Austausch zu industriepolitischen Themen, um den Herausforderungen für die Industrie in Hessen zu begegnen, den Strukturwandel in der Industrie zu gestalten und somit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen.

Mit den im Rahmen einer Bundesinitiative entstandenen regionalen Transformationsnetzwerken steht das Ministerium für Wirtschaft Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (HMWVW) in regelmäßigem Kontakt. In Hessen gibt es derzeit drei auf Automobilindustrie ausgerichtete Transformationsnetzwerke, die aktuell vom Bund gefördert werden:

- Transformationsnetzwerk Region Kassel (TRegKS),
- TeamMit: Transformationsnetzwerk der Automobilindustrie in Mittelhessen für strategisches Qualifizierungs- und Technologiemanagement und
- Transformationsnetzwerk FD Mobil in der Region Fulda.

Darüber hinaus hat das HMWVW in einem gemeinsamen Positionspapier mit drei anderen Ländern (mit VW-Standorten) verschiedene Forderungen in Richtung der Bundesregierung zur Unterstützung der Automobilindustrie erhoben. Davon hat die EU-Kommission den Vorschlag des „Flat-curve-Ansatzes“ im Bereich der CO₂-Flottengrenzwerte aufgegriffen. Zu den geforderten Maßnahmen zählen ferner Kaufprämien für Elektrofahrzeuge und die Senkung der Strom- und Energiepreise, zum Beispiel indem Netzentgelte aus dem Strompreis genommen werden. Auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist ein wichtiger Schlüssel. Die Landesregierung hat deshalb vor Kurzem einen neuen Förderaufruf zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in ländlichen Regionen gestartet.

Mit dem HessenFonds hat die Landesregierung zudem ein neues Instrument geschaffen. Sie stellt mit dem HessenFonds eine Milliarde Euro an investivem Kapital für hessische Unternehmen zur Verfügung. Als Finanzierungsinstrumente sind zinsvergünstigte Darlehen (750 Millionen Euro Bewilligungen über vier Jahre) und Beteiligungen (250 Millionen Euro über zehn Jahre) vorgesehen. Mit dem günstigen Finanzierungsangebot sollen hessische Betriebe bei herausfordernden Veränderungen unterstützt werden.

Wiesbaden, 20. Oktober 2025

Kaweh Mansoori